



Galaveranstaltung (in Berlin): Wachsende Liga der Superreichen

WOHLSTAND

Das geteilte Land

Deutschland driftet auseinander: Wirtschaftlicher Aufschwung und Massenarmut schließen sich nicht aus. Daran wird auch die nächste Lohnrunde nichts ändern.

Die Politik sieht untätig zu und ist dabei, sich vom Ziel der Chancengleichheit zu verabschieden.

Man hat der Stadt Leipzig einen englischen Beinamen verliehen. Man spricht jetzt von der „Boomtown“, und die Stadt scheint den Namen wie einen Ehrentitel zu tragen. Es gibt eine wundervolle Innenstadt und viele Leuchttürme, also Firmen, die besonders gut laufen und Strahlkraft haben über die Stadt hinaus.

Leipzig ist die Stadt von Auerbachs Keller und vom Völkerschlachtdenkmal. Sie war mal eine sehr deutsche Stadt. Dann kamen der Krieg und die DDR, und Leipzig rückte an den Rand. Dieser Tage aber ist Leipzig wieder eine typische deutsche Stadt. In ihr spiegeln sich die zwei Lebenswelten des heutigen Deutschlands. Denn Leipzig ist auch die Heimat von Tommy.

Von Tommy sieht man zunächst nur das Fahrrad, ein abgenutztes Modell mit Anhänger, auf dem Kartons stehen und Zeitungen liegen. Am Lenker hängt ein Stoffbeutel, gefüllt mit leeren Bierflaschen.

Dann sieht man auch Tommy. Langsam zieht er den Kopf aus der blauen Papiertonne heraus, vorsichtig wie eine Schildkröte. Er flucht. „Sieht nicht gut aus heute.“

Tommy ist 45 Jahre alt, er war mal Bauarbeiter, aber mittlerweile ist er arbeitslos und, wenn man so will, freischaffender Papiersammler. Bis zu 130 Kilogramm zieht er jeden Tag aus den Tonnen des Leipziger Stadtteils Grünau und lädt sie in seinen Hänger. Grünau ist längst zum Gegenentwurf des funkelnnden Leipzig geworden, das die Touristen kennen. Grünau verkörpert die dunkle Seite der Boomtown, in der die meisten Einkommensmillionäre Sachsens wohnen und in der zugleich die Zahl der Sozialhilfeempfänger innerhalb von zehn Jahren um mehr als 210 Prozent angestiegen ist.

Ein Händler nimmt ihm die Ware für fünf Cent das Kilo ab. „An guten Tagen“, sagt Tommy, „mache ich zehn Glocken mit dem Zeug.“ Gemeint sind Euro. Es ist eine kleine Ergänzung zu dem Hartz-Geld, das ihm vom Amt monatlich gezahlt wird. Tommy

glaubt nicht mehr an einen richtigen Job auf dem Bau. Er macht jetzt in Papier.

In den Zeitungen, die Tommy täglich aus den Containern zieht, prangen dieser Tage Schlagzeilen, die nicht zusammenpassen wollen. Sie sind voll mit Zahlen, die sich zu widersprechen scheinen. Mal verkünden sie den Aufschwung des Landes, sie vermelden ein Wachstum, auf das man Jahre vergebens gewartet hat, Unternehmensgewinne in Rekordhöhe. Sie registrieren endlich weniger als vier Millionen Arbeitslose. Es sind Zahlen aus einem wirtschaftlich gesunden Land.

Kurz darauf aber steht zu lesen, dass immer mehr Menschen ins Reich der Armut abrutschen. Es sind Zahlen des Statistischen Bundesamtes, und sie verkünden ein Wachstum der anderen Art. Es gibt demnach 10,6 Millionen Menschen, die von Armut bedroht sind, gut 13 Prozent der Bevölkerung, darunter viele Kinder.

Die Zeitungen zeichnen eine verwirrende Skizze des Landes. Und vielleicht ist es



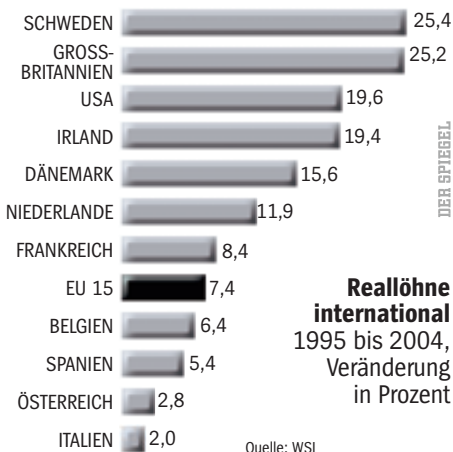
Armenspeisung (in Magdeburg): Ein Land der scharfen Gegensätze

ganz gut, dass Tommy sie gar nicht mehr liest, sondern nur noch abgibt. Vielleicht ist es auch gut, dass er nicht mehr nachliest, wie Berliner Spitzenpolitiker über Deutschland reden.

Sie beschreiben ein Land, das es längst nicht mehr gibt, jedenfalls nicht auf deutschem Boden. Sie sprechen nicht über die Realität. Sie reden über die Vergangenheit.

Es gehe „um den Zusammenhalt einer Nation“, ruft die Bundeskanzlerin ihren Bürgern gern zu. Sie sagt auch, „dass wir zusammen in einer Schicksalsgemeinschaft leben, dann müssen wir uns auch füreinander verantwortlich fühlen“. Manchmal ist Angela Merkel richtig gut darin, Deutschland als Einheit zu beschwören.

Deutsche Bescheidenheit



Noch besser beherrscht nur ihr Vizekanzler diese Disziplin. „Es gibt keine Ober- und Unterschichten hier, sondern es ist eine Gesellschaft. Und wir sind gut beraten, wenn wir die nicht auseinanderfallen lassen“, behauptet Franz Müntefering. Er empfehle sehr, dass wir diese Gesellschaft nicht aufteilen.

Wenn Merkel oder Müntefering über Deutschland reden, klingt es oft, als sprächen sie über eine friedliche Märchenwelt irgendwo in der Südsee. Es sind Zeugnisse einer unehrlichen Politik, in der die Realität geleugnet wird, weil der Mut fehlt, die Realität zu ändern.

Geradezu hilflos klingen die jüngsten Ideen und Äußerungen der Regierung und ihrer Repräsentanten. Sie sind geeignet, ein paar Tage für Schlagzeilen zu sorgen. Das Land verändern werden sie nicht.

In großkoalitionärer Eintracht preisen die Kanzlerin und ihre Mitstreiter Investivlöhne. Die Idee ist uralt und im Grunde nicht schlecht: Aus Beschäftigten sollen Miteigentümer werden, kleine Kapitalisten, die am Erfolg des Unternehmens teilhaben.

Die Idee hat allerdings zwei Schönheitsfehler: Der Spielraum für Lohnerhöhungen kann nur einmal ausgeschöpft werden, er würde durch Investivlöhne nicht erweitert, nur anders aufgeteilt. Die Beschäftigten trügen außerdem ein doppeltes Risiko: Bei einer Unternehmenskrise wäre nicht nur ihr Job, sondern auch noch ihr Ersparnis in Gefahr.

Angela Merkel setzt sich zudem wie auch der SPD-Vorsitzende Kurt Beck und ihr Vize Müntefering für höhere Löhne ein.

Auch die Arbeitnehmer, so die gängige These, sollen vom Aufschwung profitieren.

Die Gewerkschaften, allen voran IG-Metall-Chef Jürgen Peters, sind wild entschlossen, diese Steilvorlage zu nutzen und in der nächsten Tarifrunde für ihre Klientel wieder mehr herauszuholen. Die Erwartungen an der Basis sind hoch, sie werden durch die öffentliche Diskussionen zusätzlich befeuert.

Tatsächlich scheint die Republik ja Nachholbedarf zu haben (siehe Grafik). Tatsächlich sind die Löhne hierzulande aber auch immer noch sehr hoch im europäischen Vergleich.

An der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich ändern die Debatten und Tarifaueinandersetzungen nichts. Wer arbeitslos ist, geht leer aus. Er hat in Zukunft sogar noch weniger Chancen, einen Job zu finden. Denn pauschale Lohn-

erhöhungen verteuern auch einfache Tätigkeiten, sie werden unrentabel, wegrationalisiert oder verlagert. Die geplante Reform des Niedriglohnsektors dagegen, die Geringverdienern bessere Verdienst- und Beschäftigungschancen bringen soll, haben Union und SPD fürs Erste verschoben.

Und so driftet Deutschland 45 Jahre nach dem Bau der Mauer erneut auseinander. Doch die Mauer verläuft diesmal nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Teilhabenden und Abgehängten, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Gebildeten und Ungebildeten.

Auch in der Bundesrepublik der siebziger oder der achtziger Jahre hat es Armut gegeben. Aber die deutsche Armut des neuen Jahrtausends ist eine andere. Sie ist größer, weil mehr Menschen von ihr betroffen sind. Sie ist dramatischer, weil die Ursachen so tief sitzen. Sie sind mit einem Aufschwung wie dem gegenwärtigen nicht wegzubekommen, selbst wenn der, was der Wirtschaftsforscher Hans-Werner Sinn für möglich hält, bis ans Ende des Jahrzehnts anhalten sollte (siehe Interview Seite 26). Es ist nicht der Mangel an Geld, der die Armut von heute ausmacht, sondern der Mangel an Teilhabe.

Die moderne Variante des deutschen Aufschwungs ist ein elitärer Aufschwung. Er findet ohne das untere Drittel statt. Wer nicht die nötige Stärke, Klugheit oder das Geschick mitbringt, ist außen vor.

Die deutsche Einheit und die Globalisierung haben die alte Bundesrepublik mehr verändert, als den Bewohnern des Landes recht sein kann. Die Wiederver-



HERBERT KNOGOWSKI / AP

Koalitionsspitzen Muntefering, Merkel: *Die Realität wird verleugnet, der Mut fehlt*

einigung kostete die Ostdeutschen das Gros ihrer Industriearbeitsplätze, die zu DDR-Zeiten schon nicht wettbewerbsfähig waren und gegen den Westen keine Chance hatten. Und im Zuge der Globalisierung wanderten Jobs aus ganz Deutschland nach Osteuropa oder Asien ab, weil Arbeit dort weit weniger kostet.

Die Globalisierung belohnt aber auch jene, die Außergewöhnliches leisten können, die Talentierten und Qualifizierten. Diese Globalisierung wirkt als Katalysator für das Auseinanderdriften von Arm und Reich.

Selbst im feinen Bankgewerbe leben die Beschäftigten heute in einer geteilten Welt. Die Kapitalmarktexperten sitzen fast alle in London oder New York. Viele Berufsein-

steiger unter ihnen kommen in guten Jahren auf eine halbe Million Euro Gehalt.

Der gehobene Banker in Deutschland verdient dagegen nur rund 120 000 Euro, 40 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Ein normaler Angestellter in der Filiale kommt etwa auf 50 000 Euro, sofern es seinen Job noch in Deutschland gibt.

Denn der internationale Konkurrenzkampf hat im Bankgewerbe wie in anderen Branchen Tausende Arbeitsplätze ins Ausland gespült. So sitzen mittlerweile allein über 2000 Angestellte der Deutschen Bank in Indien, wo die Löhne teils nur ein Zehntel der hiesigen betragen. Die Spesenabrechnungen werden in der Slowakei und in Ungarn bearbeitet.

Die Entwicklung im Bankbereich ist beispielhaft für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. So konnte aus der einst nivelierten Mittelstandsgesellschaft ein Land der scharfen Gegensätze werden.

Von einer „deutlichen personellen Streuung von Vermögenswerten und Schulden“ spricht die Bundesbank in einer aktuellen Studie. Eine „steigende Polarisierung“ von Armut und Reichtum hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beobachtet. Die Bundesregierung kam im jüngsten Bericht zu den „Lebenslagen in Deutschland“ zu dem Schluss, dass sich alle „verteilungspolitischen Maßnahmen“ als „nur noch begrenzt wirksam“ erweisen.

Insgesamt 7,5 Billionen Euro Nettovermögen haben die Deutschen angehäuft, fast 30-mal so viel wie der Etat des Bundes, eine Summe wie aus dem Märchen. Doch fast die Hälfte dieses Reichtums befindet

sich in den Händen weniger, der obersten zehn Prozent der Bevölkerung. Dort, in der Oberklasse, betrug das durchschnittliche Haushaltsvermögen demnach etwa 850 000 Euro, wobei es unter den Superreichen freilich ebenfalls eklatante Unterschiede gibt. Die vom „manager magazin“ ermittelte Vermögendenliste führt in diesem Jahr erstmals mehr als 100 Deutsche auf, die es in die Liga der Milliardäre geschafft haben.

Am untersten Ende der Statistik hingegen finden sich jene, denen die Schulden die Luft abschnüren. Auch sie werden immer mehr. Drei Millionen Haushalte gelten als überschuldet. Sie sind nicht in der Lage, ihre Raten zu zahlen, ohne unter das Existenzminimum zu rutschen.

Die neue Unterschicht besteht nicht nur aus den offiziell gemeldeten vier Millionen Erwerbssuchenden. Etwa eine Million Menschen muss trotz Job zusätzlich einen Antrag auf Arbeitslosengeld II ausfüllen, weil der Lohn zum Leben nicht reicht. Die Zahl der Menschen, die von Hartz IV betroffen sind, ist auf sieben Millionen gestiegen – fast zehn Prozent der deutschen Bevölkerung.

Inflationsbereinigt sank das durchschnittliche Haushaltseinkommen seit 1991 um zwei Prozent. Die Löhne in den unteren Einkommensgruppen verfallen. Aus Vollzeitberufen werden Teilzeitstellen, aus befristeten Anstellungen werden Minijobs. Stammbelegschaften werden mehr und mehr durch Aushilfskräfte der Zeitarbeitsfirmen ersetzt, die für gleiche Arbeit weniger Geld bekommen.

Nach der vielbeachteten Studie des Statistischen Bundesamts liegt die Grenze zum Prekariat bei einem Monatseinkommen von 856 Euro für Alleinstehende beziehungsweise 1798 Euro für eine Familie mit zwei Kindern. Jeder Achte liegt unter dieser Grenze.

Das Gesicht des anderen Deutschlands lässt sich beispielsweise rund um die Bahnhofstraße von Gelsenkirchen beobachten. Hier, wo einst die Flaniermeile war, reihen sich nun Geschäfte mit Ein-Euro-Artikeln an Döner-Buden und Spielhöhlen. Auch Sonnenbänke scheinen an jenen Orten gut zu gehen, wo es schlecht geht. Ein paar Verkaufsstände vom Weihnachtsmarkt sind noch mit dicken Plastikplanen verschlossen.

Während die Politik so tut, als ließen sich die Lebensverhältnisse noch immer mit Flächentarifverträgen, einer Prise Reichensteuer oder dem Länderfinanzausgleich vereinheitlichen, spüren die Bürger, wie die Gesellschaft auseinanderdriftet. Sie können es beobachten, Tag für Tag, etwa im Wartezimmer beim Arzt oder im Krankenhaus. Dort warten Kassenpatienten monatelang auf einen OP-Termin, Privat-

versicherten hingegen steht meist sofort ein Spezialist zur Verfügung. In Berlin-Hellers-

Tarifabschlüsse

Auswahl 2005, teilweise regional



DER SPIEGEL

Vorstandsgehälter

Veränderung der durchschnittlichen Vergütung von Dax-30-Vorständen gegenüber 2004



*seit April 2006; Quelle: WSI, DSW

„Wir müssen neue Wege gehen“

Der Ökonom Hans-Werner Sinn über das ewige Auf und Ab der Konjunktur

Sinn, 58, ist Präsident des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

SPIEGEL: Herr Sinn, die deutsche Wirtschaft wächst so stark wie lange nicht mehr, die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Hat Sie das überrascht?

Sinn: Jetzt nicht mehr. Wir haben ja schon vor einem Jahr eine sehr optimistische Prognose gemacht, weil der Ifo-Index so positiv war. Wir sind deshalb von vielen verlacht worden.

SPIEGEL: Aber Sie waren es auch, der Deutschland als krank bezeichnete und fragte: „Ist Deutschland noch zu retten?“

Sinn: Die Diagnose stimmt noch immer. Das Auf und Ab der Konjunktur hat es immer gegeben. In den letzten 35 Jahren stieg die Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte eines Jahrzehnts immer an, in der zweiten Hälfte nahm sie dann wieder ab. Das Problem war, dass die Arbeitslosigkeit leider nie wieder auf das Niveau vor dem letzten Anstieg zurückfiel.

SPIEGEL: Wird das dieses Mal wieder so sein?

Sinn: Es kann durchaus sein, dass die Hartz-Reformen etwas wirken. Eine Kehrtwende bewirken sie sicherlich nicht.

SPIEGEL: Hängt das nicht davon ab, wie nachhaltig dieser Aufschwung ist?

Sinn: Wir glauben, dass er sehr robust ist und sicher noch deutlich über das nächste Jahr hinausragt, möglicherweise bis ans Ende des Jahrzehnts. Das war jedenfalls in der Vergangenheit das immer wiederkehrende Muster. Aber man darf diese konjunkturelle Aufwärtsbewegung nicht für eine Trendwende in der strukturellen Entwicklung halten.

SPIEGEL: An der grundsätzlichen Wettbewerbschwäche der deutschen Wirtschaft hat sich also nichts geändert?

Sinn: Es gibt keine Wettbewerbschwäche der deutschen Wirtschaft, es gibt eine Wettbewerbschwäche der deutschen Arbeitnehmer. Die Firmen stehen international sehr gut da, aber ein großer Teil der Arbeitnehmer ist nicht mehr wettbewerbsfähig, wie die Massenarbeitslosigkeit, die wir ja immer noch haben, beweist. Die Arbeitnehmer haben durch den Fall des Eisernen Vorhangs eine massive Niedriglohnkonkurrenz bekommen. Für die Unternehmen ist das ganz angenehm, sie können sich ja der billigen Arbeitskräfte in anderen Ländern bedienen.



Wirtschaftsforscher Sinn

„Immer wiederkehrende Muster“

Sie bleiben wettbewerbsfähig, weil sie die nicht mehr wettbewerbsfähigen deutschen Arbeitnehmer durch Slowaken, Chinesen und andere ersetzen.

SPIEGEL: Die Löhne sind in den vergangenen zehn Jahren nur sehr schwach gestiegen. Hat das nicht zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit geführt?

Sinn: Es hat zu einer gewissen Entkrampfung beigetragen. Allerdings sind unsere Industriearbeiter immer noch die drittteuersten auf der ganzen Welt. Von dem hohen Sockel herunterzukom-

men ist ein mühsamer und langwieriger Prozess.

SPIEGEL: Die Arbeitnehmer sollen sich weiter zurückhalten und nicht am Aufschwung partizipieren?

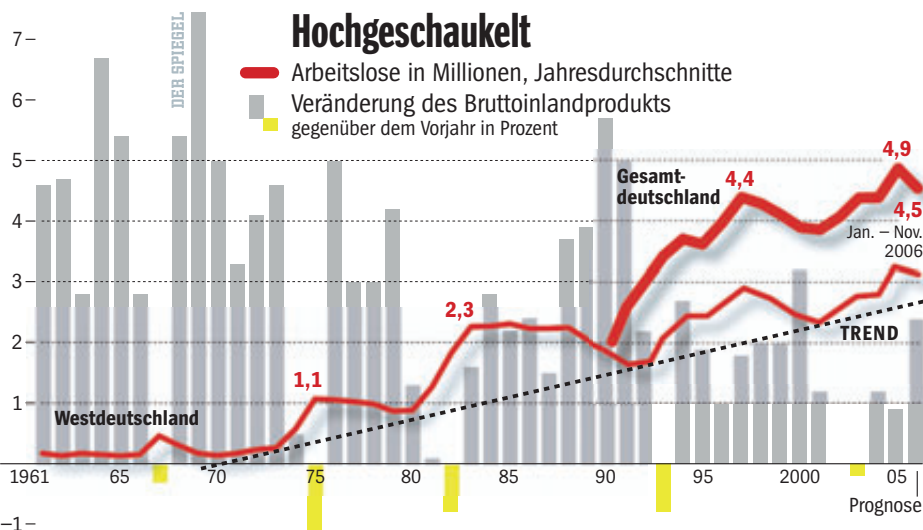
Sinn: Sicher sollten die Arbeitnehmer unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten am Aufschwung partizipieren. Wenn diese Partizipation aber in vollem Umfang stattfände, gingen noch mehr Arbeitsplätze verloren.

SPIEGEL: Was schlagen Sie also vor?

Sinn: Wir müssen neue Wege gehen. Der eine ist der Investivlohn. Er sorgt dafür, dass Arbeitnehmer auch zu Vermögensbesitzern werden und damit ein zweites Einkommen haben. Diese Idee wurde in den sechziger Jahren schon einmal diskutiert. Damals haben sich die Gewerkschaften für Mitbestimmung statt für Mitbeteiligung entschieden. Das brachte ihnen und ihren Funktionären Aufsichtsratsmandate und Tantiemen, den Arbeitnehmern dagegen nichts. Hätten sich die Arbeitnehmer bereits damals beteiligen können, besäßen sie heute ein erkleckliches Vermögen. Wer bei Siemens das Investivlohnprogramm ausgeschöpft hat, bekommt heute tausend Euro mehr Rente im Monat als andere, und hätten alle Siemens-Arbeitnehmer ihre Anteile behalten, anstatt sie zu verkaufen, so besäßen sie heute 25 Prozent der Siemens-Aktien.

SPIEGEL: Was schlagen Sie außerdem vor?

Sinn: Ein weiterer Weg ist der aktivierende Sozialstaat, der Löhne, die wir nicht



mehr für auskömmlich halten, durch Zuschüsse auffüllt.

SPIEGEL: Also Kombilöhne.

Sinn: Ja, aber nicht, wie es in der Regierung diskutiert wird, als Zuschüsse an Arbeitgeber, sondern direkt an Arbeitnehmer. Eine solche aktivierende Sozialhilfe würde dazu führen, dass niedrige Löhne akzeptiert würden, zu denen es dann sehr viel mehr Jobs gäbe.

SPIEGEL: Und damit ließe sich die Arbeitslosigkeit strukturell abbauen?

Sinn: Die Spaltung der deutschen Gesellschaft ist die Konsequenz aus der Niedriglohnkonkurrenz, die uns der Fall des Eisernen Vorhangs gebracht hat, und einem Lohnersatzsystem, welches Mindestlohnansprüche begründet ...

SPIEGEL: ... Sie meinen Hartz IV ...

Sinn: ... die angesichts der internationalen Wettbewerbssituation in immer weniger Fällen befriedigt werden können. Deshalb verlagern die Unternehmen immer mehr Arbeitsplätze ins Ausland.

SPIEGEL: Hartz IV soll durch aktivierende Sozialhilfe ersetzt werden?

Sinn: Das ist gar nicht so radikal, wie es sich anhört; man müsste Hartz IV um ein Drittel kürzen, im Ausgleich die Hinzuverdienstgrenzen auf 500 Euro erhöhen und das Hartz-IV-Einkommen in heutiger Höhe, also ungeschmälert, als Lohn für eine kommunale Vollzeitbeschäftigung zur Verfügung stellen. Die Kommunen erhielten das Recht, die von ihnen erworbene Arbeitszeit dann auf dem Wege von Zeitarbeitsfirmen an die Privatwirtschaft zu verleihen.

SPIEGEL: Und was soll der bekommen, der diese Arbeit nicht annimmt?

Sinn: Auf jeden Fall wesentlich weniger als den Regelsatz.

SPIEGEL: Sind die Kosten eines solchen Modells nicht unkalkulierbar?

Sinn: Nein, sie sind nach unseren Berechnungen niedriger als im derzeitigen System. Das Sozialprodukt steigt, weil die Arbeitslosigkeit abgebaut wird und die Menschen zusätzliche Werte schaffen. Damit können wir für ein ganzes Jahrzehnt einen Wachstumsschub erzeugen.

SPIEGEL: Sehen Sie für solche Ideen wirklich eine Chance?

Sinn: Gerade jetzt im Aufschwung hätten wir die Chance, Reformen, die sonst schmerzlicher wären, durchzuführen. Aber im Aufschwung gibt es immer auch Kräfte, die sagen, es gebe eine Kehrtwende und alles werde besser. Die Reformwilligkeit wächst wahrscheinlich erst wieder, wenn sich die nächste Flaute Anfang des kommenden Jahrzehnts aufzubauen beginnt. **INTERVIEW: ARMIN MAHLER**



Demonstration gegen Sozialabbau (in Berlin): Ende der nivellierten Mittelstandsgesellschaft

dorf müssen zur Mittagszeit über 100 Kinder von der Armenküche „Arche“ versorgt werden. Das „Kaufhaus des Westens“ hat derweil die Feinkostabteilung umgebaut, um die wachsende Nachfrage nach Hummern und Austern zu befriedigen.

Langzeitarbeitslose verdingen sich für wenige Euro Stundenlohn bei der Gurken-ernte im Spreewald. Nur wenige Kilometer entfernt boomt das Wellness-Hotel Zur Bleiche, wo dem gestressten Manager ein Aromabad eingelassen und der Nacken massiert wird. Die Übernachtung mit Halbpension kostet bis zu 270 Euro.

Deutschland wird zum Land der Extreme. Der Modehersteller Hugo Boss will eine Kollektion für Kinder zwischen zwei und zwölf auflegen; zugleich eröffnet an fast jedem Werktag eine neue Filiale des Textildiscounters KiK, wo es Five-Pocket-Jeans für Heranwachsende schon ab 4,99 Euro gibt.

Es ist noch gar nicht lange her, dass die Bundesrepublik als bestes Beispiel für ein egalitäres Land galt. Dass Manager pro Tag so viel verdienen, wie ihre Angestellten im ganzen Jahr nach Hause bringen, war in den sechziger und siebziger Jahren genauso unvorstellbar wie Millionen Langzeitarbeitsloser.

Der staatlichen Fürsorge fielen damals allenfalls Flüchtlinge, Kleinstrentner oder Obdachlose zur Last, die nach einem persönlichen Schicksalschlag aus dem Tritt geraten waren. Der Rest war am Wohlstandszuwachs der Republik beteiligt.

Klassengesellschaften waren die anderen, die Marktwirtschaften mit der hässlichen Fratze der Armut, Länder wie Großbritannien oder die USA, wo der Gegensatz von Reich und Arm schon immer zum Grundkonsens gehörte. In Deutschland dagegen waren selbst die Eliten stolz darauf, dass „Wohlstand für alle“ mehr als nur eine Polit-Parole war.

Inzwischen gilt das längst nicht mehr, daran kann auch der ausufernde Wohlfahrtsstaat nichts ändern.

Zwar gibt die Bundesrepublik, gemessen an der Wirtschaftsleistung, mit 700 Milliarden Euro fast genauso viel Geld für soziale Zwecke aus wie die europäischen Spitzenreiter Schweden und Dänemark. Bei den Bedürftigen jedoch kommt immer weniger an, wie eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zeigt: Bei wichtigen Sozialindikatoren wie dem Ausmaß der Kinderarmut, dem Anteil der Langzeitarbeitslosen oder der Beschäftigungsquote Älterer rangiert die Bundesrepublik inzwischen weit hinten im internationalen Vergleich. Entsprechend ist der deutsche Wohlfahrtsstaat mittlerweile einer der ineffizientesten in ganz Europa, so das Fazit der Analyse.

Noch bitterer ist die Erkenntnis, dass der Sozialstaat das Aufstiegsversprechen an seine Bürger nicht mehr einhalten kann: die Aussicht, dank Bildung und staatlicher Förderung seiner Herkunft zu entkommen. Wer das Pech hat, in die Unterschicht hineingeboren zu werden, bleibt meist auch in der Unterschicht. „Bildungschancen werden vererbt“, heißt es im Armutsbericht der Bundesregierung.

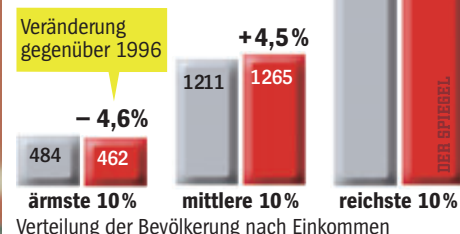
Nicht nur das Geld ist entscheidend, das die Eltern in ihren Nachwuchs investieren. Es spielt auch eine Rolle, was die Kinder im Elternhaus vorgelebt bekommen, welche Werte man ihnen vermittelt, welche Haltung dem Leben gegenüber. Es ist auch eine Frage der Mentalität. Wie soll ein junger Mensch Ehrgeiz entwickeln, wenn er im eigenen Zuhause vor allem mit resignierten Menschen zu tun hat?

Nach der Grundschule haben Kinder von Eltern mit hohem sozialen Status eine 2,7fach größere Chance, ein Gymnasium zu besuchen, als Kinder von Facharbeitern, so der staatliche Armutsbericht. Die Wahrscheinlichkeit, ein Studium aufzu-

Weiter auseinander

Pro-Kopf-Nettoeinkommen, monatlich in Euro

■ 1996 ■ 2005
Quelle: DIW



Heute haben finnische Eltern Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Kleinstkinder in direkter Nachbarschaft. Die Schüler erhalten auf ganztägigen Gesamtschulen eine der besten Schulbildungen der Welt. Und mehr als 50 Prozent der über 55-Jährigen stehen im Erwerbsleben – ein Drittel mehr als in Deutschland.

Längst hat Finnland die Bundesrepublik in allen wichtigen Wirtschafts- und Sozialindikatoren hinter sich gelassen. Es gibt vergleichsweise weniger Arme, die Kluft zwischen Arm und Reich ist geringer, die Wirtschaft aber wuchs in den vergangenen zehn Jahren mehr als doppelt so stark wie hierzulande.

Finnland hat der Welt gezeigt, wie man durch Kürzung von Sozialleistungen eine sozialere Gesellschaft schafft. Es hat zwei Dinge, die sich zu widersprechen schienen, miteinander versöhnt.

Die Große Koalition in Berlin hingegen steckt nach wie vor lieber Geld in die Umverteilung, als dafür zu sorgen, dass Armut gar nicht erst entsteht. Sie hat mehr ausgegeben, aber wenig getan, was die Spaltung der Gesellschaft lindern könnte. Sie hat die Abgaben für Niedrigverdiener sogar erhöht, sie belastet sie mit höheren Mehrwertsteuern sowie Renten- und Krankenkassenbeiträgen.

Statt in Kitas und Ganztagschulen zu investieren, führen SPD und Union ein sogenanntes Elterngeld ein, das vor allem Mittelschichtpaaren zugutekommt.

Es ist spät geworden in Helsinki. Aho redet jetzt über Deutschland. Er verfolgt mit großem Interesse, was dort geschieht, was Merkel macht und die Große Koalition.

„Ich sehe eine große Gefahr für Deutschland“, sagt Aho dann. Die Gefahr sei, dass alle glauben: Klasse, die Wirtschaft wächst und weitere Reformen seien nicht mehr nötig. Aber das, sagt Aho, „das wäre ein fataler Irrtum“.

MAREKE ADEN, MARKUS FELDENKIRCHEN,
ALEXANDER NEUBACHER, WOLFGANG REUTER,
MICHAEL SAUGA, BARBARA SCHMID,
STEFFEN WINTER

IG-Metall-Chef Peters: Wieder mehr rausholen

nehmen, ist bei Gutverdienerkindern sogar um das 7,4fache höher. Haben Vater und Mutter keinen Job, findet auch ihr Kind mit drastisch höherer Wahrscheinlichkeit keine Stelle.

So entscheidet sich früh, aus wem etwas wird und aus wem nicht. Während die einen bereits im Krabbelalter ihre Talente entwickeln, werden die anderen vom Fernseher berieselt. Wo Eltern derart versagen, müsste der Staat einspringen, doch er tut es nicht. Bei den Kinder- und Jugendzentren wird gespart. Es gibt zu wenig Kinderbetreuungsplätze. Die öffentlichen Schulen sind vielerorts in einem jämmerlichen Zustand.

Wer eine Hauptschule besucht, hat im Leben weit weniger Chancen. So werden schon ganz früh jene Weichen gestellt, auf denen die Kinder in verschiedene Leben fahren.

Die Politik hat bislang zu wenig getan, um diese Entwicklung aufzuhalten. Indem sie ein unzureichendes Bildungssystem zulässt, sorgt sie selbst für den Nachwuchs der Unterschicht.

Dabei liegt die Lösung nur zwei Flugstunden entfernt. Dass eine Gesellschaft wachsen und fast alle daran teilhaben lassen kann, zeigen vor allem skandinavische Länder, und dort ganz besonders die Finnen. Das kleine Volk am Rande Europas stand Anfang der neunziger Jahre am Rande des Bankrotts, weil der Handel mit der benachbarten Sowjetunion zusammengebrochen war.

Dann aber nutzten die Finnen die schlimmste Rezession ihrer Geschichte für ein beispielloses Sanierungsprogramm. Sie kürzten die Sozialleistungen und stärkten im Gegenzug die öffentlichen Investitionen. Sie investierten in jene Infrastruktur, die jeder Mensch für seinen persönlichen Aufstieg benötigt: Betreuungs- und Bildungseinrichtungen.

Esko Aho sitzt in seinem Büro in einem schicken Hochhaus hoch über Helsinki. Wenn er aus dem Fenster blickt, dann sieht er das, was man in Helsinki eben so sieht: Nokia-Hochhäuser. Mit Aho begann der

unaufhaltsame Aufstieg von Finnland. Er war von 1991 bis 1995 Ministerpräsident des Landes und ist heute noch ein angesehener Mann, denn mit ihm kamen die Reformen, und mit den Reformen kam der Wohlstand.

Heute leitet er den Finnischen Nationalfonds für Forschung und Entwicklung mit etwa 100 Mitarbeitern. Er hat noch immer einen guten Überblick; es klingt Stolz aus seiner Stimme, wenn er über Finnland spricht.

Es sei nicht so, dass es gar keine sozialen Unterschiede gäbe, sagt Aho. Aber man habe diesen Trend, den es in Zeiten der Globalisierung überall gebe, deutlich abgeschwächt, weil Finnland plötzlich in Schulbildung investiert habe. „Wir haben gemerkt, dass die Schulverlierer auch später die Verlierer der Gesellschaft sind.“

Wenn man die besten finnischen und die besten deutschen Schüler miteinander vergleiche, dann sei der Unterschied nicht so groß, sagt Aho. „Aber die schlechteren haben in Finnland bessere Chancen.“

Um 30 Prozent kürzten Aho und seine Nachfolger das Sozialbudget. Zudem stoppten sie sämtliche Frühverrentungsprogramme. So wurden viele Milliarden Euro frei, die fast ausnahmslos in den Ausbau vorbildlicher Schulen, Universitäten und auch Kinderbetreuungseinrichtungen flossen.

UMFRAGE: LOHNERHÖHUNG

„Sollte der wirtschaftliche Aufschwung zu höheren oder moderaten Lohnerhöhungen führen, um die Konjunktur nicht zu gefährden?“

höhere Löhne 32%

moderate Erhöhungen 63%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 5. bis 7. Dezember; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe